



**Konzept
für Zukunft
von Bergen**

Seite 2

Quelle: "Berger Kurier" vom 24. März 2013,
Titelseite und Seite 2

Ergebnis einer Klausurtagung der CDU in der Stadt Bergen

Zum geplanten Abzug der Briten ein Handlungskonzept entwickelt

BERGEN. Die Ratsfraktion und Stadtverbandsvorstand der CDU Bergen haben in einer Klausurtagung ein Handlungskonzept entwickelt, um die Folgen des Abzugs der Britischen Streitkräfte aus Bergen abzufedern.

„Das Ergebnis ist ein Prioritätenkatalog, der als CDU-Antrag in den Stadtrat eingebracht wird und der die Verwaltung auffordert, entsprechende Maßnahmen umzusetzen und einzuleiten“, erläuterte Claudia Dettmar-Müller als CDU-Fraktionsvorsitzende. Und Henning Otte als CDU-Vorsitzender und heimischer Bundestagsabgeordneter ergänzte: „Wir haben in diesem Antrag ganz konkrete Vorschläge aufgestellt, die der Verwaltung für die Erarbeitung von Nutzungs- und Entwicklungskonzepten einen klaren Kompass gibt. Mit diesem Kompass wollen wir Ideen und Konzepte aufzeigen, die wir zusammen mit der Verwaltung und der Unterstützung des Bürgermeisters Rainer Prokop umsetzen wollen, damit wir die Herausforderung für die Stadt Bergen gemeinsam mit der Bevölkerung Bergens meistern und die Stadt zukunftsfähig aufstellen können“.

Bezüglich der Nutzung der Liegenschaft Bergen-Hohne schlagen beide CDU-Politiker eine vorrangige zusätzliche militärische Nutzung neben der Beibehaltung der Kommandantur und des Dienstleistungszentrums vor. Hilfsweise solle ein ziviles Nutzungskonzept erarbeitet werden. Für die etwa 350 zivilen Arbeitskräfte, deren Verträge mit dem Abzug auslaufen, solle die Gründung einer Auffanggesellschaft geprüft und mit der Agentur für Arbeit erstellt werden.

Zudem müsse die heimische Wirtschaft gestärkt werden. Dazu sollten vorrangig bestehende Betriebe durch einen Erfahrungsaustausch sowie zielgerichtete Nachwuchsförderung und Fachkräftegewinnung gestärkt und gefördert werden. Die Verwaltung solle hierfür entsprechende Instrumente schaffen.

Mit einem Ansiedlungskonzept für „Wirtschaft und Gewerbe“ sollten zusätzliche Branchen akquiriert werden. Dazu müsse die Verwaltung die Voraussetzungen (Fläche, Lo-

Wirtschaft und Familie erstellt werden. Hierzu sollten externe Berater gegebenenfalls zur Unterstützung hinzugezogen werden. Mit einem Stadtentwicklungskonzept solle die demographische Entwicklung in Bergen berücksichtigt werden. Dazu sei das Stadtleitbild 2020 fortzuschreiben. Der Rückbau von Wohnraum

solle zudem als Bildungsstandort gestärkt werden. Dazu sollten die Kunst- und Kulturangebote für Jung und Alt weiterentwickelt werden. Das gilt auch für die Schulangebote der Grundschulen und der Oberschule mit gymnasialem Zweig, die gegebenenfalls um ein bilinguales Schulangebot erweitert werden sollten, sowie für



Der Stadtverbandsvorsitzende Henning Otte (von links) und die Fraktionsvorsitzende Claudia Dettmar-Müller übergaben Bürgermeister Rainer Prokop den CDU-Antrag. Foto: privat

kalität) klären. Ein gleiches Ansiedlungskonzept „Bevölkerung“ solle für die Gewinnung von zum Beispiel jungen Familien - unter anderem durch ein Angebot für entsprechenden Wohnraum - erstellt werden. Dabei sollten Britische Familien, die in Bergen bleiben möchten, zum Beispiel durch die Entwicklung eines Förderprogramms für die Immobilien der Stadtentwicklung-GmbH Bergen gefördert werden.

Mit einem Marketingkonzept solle, so das CDU-Konzept, ein Image-Film sowie eine Image-Broschüre für die Bereiche

(eventuell mit Hilfe des Förderprogramms Städteumbau-West) müsse geprüft und umgesetzt werden. Die Stadtmitte und speziell die Celler Straße sollen dabei gestärkt und gestaltet werden. Die Wiederaufnahme des schienengebunden Nahverkehrs in Richtung Celle-Solta müsse weiterverfolgt werden.

Mit einem Kommunikationskonzept sollten die Ideen der Bürgerinnen und Bürger auf einer kurzfristig zu erstellen Bürgerplattform im Internet sowie durch Bürgerabende aufgenommen werden. Bergen

die Kindergärten und Krippen. Abschließend sollten die im Tourismus begonnenen Aktivitäten fortgeführt und weiterentwickelt werden.

„Dieser Prioritätenkatalog soll die Schwerpunkte unseres zukünftigen Handelns aufzeigen, wobei die einzelnen Punkte gleichwertig zu behandeln sind und dynamisch weitergeführt werden sollen. Die erforderlichen finanziellen Mittel sind zu verifizieren und bedarfsgerecht bereit zu stellen“, fasst Claudia Dettmar-Müller die Vorgehensweise zusammen.